RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur: Karl Honay

Wien, Montag, den 7. Dezember 1925.

das Opponitzer Ybbskraftwerk läuft Ende dieses Jahres die vertragsmässige Haftfrist der am Bau beteiligten Unternehmungen ab. meter langen Stollen entleert und die Maschinen im Krafthause abgestellt, um sämtliche Anlagen auf ihren baulichen und bete durch den blossen Augenschein nicht festgestellt werden. Hier-

Bahnhofrundverkehr der Strassenbahnen. Wegen Gleisarbeiten wird der Bahnhofrundverkehr von heute Montag an bis einschließ lich Freitag vom Neubaugürtel an wie die Linie 6 über die Wallgasse-Gumpendorferstrasse-Reinprechstdorferstrasse zum Matzleinsdorfer-Platz geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

---------------

RATHAUSKORRESPONDENZ Herausgeber u.verantw.Redakteur: Wien, am Montag, den 7. Dezember 1925. Zweite Ausgabe Die Personalangelegenheiten im städtischen Voranschlag. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen beschäftigte sich heute mit dem Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Personalangeleganheiten und Verwaltungsreform. Amtsführender Stadtrat Speiser erstattete einen ausführlichen Bericht, aus dem zu entnehmen ist, dass die Bezüge der städtischen Angestellten der Hoheitsverwaltung, einschliesslich der Lehrpersonen für das Jahr 1926 mit 101,465.040 Schilling veranschlagt sind. Die Nebenbezüge dieser Angestelltengruppen sind mit 4,157.700 Schil-Arbeitslosenversicherung, Unfallwersicherung u.s.w.werden mit 1,366,690 Schilling berechnet Einschliesslich der Bezüge der gewählten Fun ktionäre ist der gesamte Personalaufwand für das Jahr 1925 mit 108,277,110 Schilling veranschlagt. Dazu kommen noch für die Pensionsparteien 31,433.790 Schilling und auf verschiedene Personalauslagen, wie die Beitragsleistung für die mit dem Land Niederösterreich gemeinsamen Pensionisten, 4,120.000 Schilling und die Beiträge zum Personalaufward der Donauregulierungskommission mit 60.000 Schilling.Der gesamte Personalaufwand beträgt nach dem Veranschlag 143,890.900 Schilling.Rechnet man die Steigerung ab, die durch die Vebernahmeder Lagerhäuser in die Hoheitsverwaltung sich ergibt, so hat sich der Fersonalaufwand gegenübe dem Jahre 1925 um 12,934.440 Schilling gesteigert, was ungefähr zehn Prozent entspricht. Dieses Mehrerfordernis ist zum Teil auf die vom Gemeinderat im September beschlossene Erhöhung der Bezüge zurückzuführen, wozu noch der Stufenausgleich vom 1. August 1925 und der Härteausgleich kommen, der am 1. Jänner 1926 wirksam werden wird. Städtische Pensionsparteien sind gegenwärtig 9225 festgestellt worden. Eine ge. wisse Zunahme von Personal ist durch die Uebernahme der Kinderspitäler, der Gründung von vier Lehrlingsheimen, der Errichtung von Kindergärten und Kinderhorten und der Ausgestaltung der Koch-und Haushaltungsschule, sowie der Frauenerwerbsschule ; zu verzeichnen. Im allgemeinenwird die Personalsperre auch in Zukunft aufrecht bleiben, weil handen ist. Die Gesamtzahl der in der engeren Hoheitsverwaltung angestellten Personen ist 5401. In den Wohlfahrtsanstalten, Sanitätseinrichtungen, Friedhofsdienst, Strassenpflege, Approvisionierung sdienst, Feuerwehr u. sw. sind 12.444 Angestellte beschäftigt. Im Schulwesen sind 7272 Personen angestellt, so dass die Gesantzahl der Hoheitsverwaltungs An der ausführlichen Aussprache beteiligten sich die Gemeinde. räte Kunschak, Angermayer und Binder Stadtrat Kunschak verlangte, dass den im Jahre 1919 pensionierten Bezirksschulinspektoren die damals gewährten Zuschüsse zur Pension erhöht werden, Gemeinderat Angermayer klagte darüber, dass christlichsoziale Angestellte benachteiligt werde Schliesslich wurde beantragt, dass die Angestellten, die sich freiwillig abbauen liessen, entweder teilweise wiederangestellt werden oder Pensionen und Aushilfen erhalten sollen Stadtrat Speiser erklärte, dass es unrichtig sei, wenn behauptet werde, dass einem Gemeindeangestellten aus seiner Gesinnung igrend ein Nachteil erwachse. Es werde immer nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen. In der Frage jener Angestellten die sich freiwillig abbauen liessen, könne keine Konzession gemacht werden. Diese Angestellten haben damals Abfertigungen von zehn bis hundert Millionen Kronen erhalten. Es war kein Zwangsabbau, so dass diese Leute ihr Schicksel selbst bestimmt haben Die von der Minderheit vorgebrachten Detailfragen werden gewissenhaft geprüft werden. Es wurde dann diese Verwaltungsgruppe genehmi t, worauf amtsführender Stadtrat Richter über die Verwaltungsgruppe für allgemeine All-Angelegenheiten referierte, die nach kurzer Debatte angenommen wurde. -,-,-,-,-,-,-,-